Calwer Tagblatt

Nr. 85. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinspaltige Zeile 40 Pfg. Reklamen 1.60 Mk. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag, den 13. April 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 8.10 ohne Bestellgeld.

Frankreichs wahres Gesicht.

In einer Besprechung höherer **französischer Offiziere des Okkupationsgebiets**, die am 9. April in Mainz stattfand und die der Deutschland gegenüber zu befolgenden Politik galt, wurden folgende Richtlinien aufgestellt, die in Uebersetzung wiedergegeben werden:

Die Rheinlinie ist nötig, um uns dauernde Sicherheit und die Gelegenheit zu geben, daß wir vor Revancheideen der deutschen Militärkaste geschützt sind. Wohl ist die Besetzung des linken Rheinufers von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektor, und einigen sonstigen Kapitalzentren befindet sich auf dem linken Rheinufer kein groß fundierter Reichtum Preußens. Deshalb müßte dem Pufferstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinufers angegliedert werden, der Frankfurt a. M. und Umgebung, **das Ruhrgebiet und die Düsseldorfer Industrie umfaßt.** Köln wird in vier Jahren geräumt, Koblenz wohl auch, wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheines nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und die Pfalz auch aufgeben müssen. Bis dahin sind die Schulden nicht bezahlt, ist Deutschland wieder hochgekommen und bildet eine Gefahr besonders durch seine Kohlen, seine Industrietechnik und den Rhein, der der Kanal für die Rohstoffe nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist. **Jede Verlegenheit Deutschlands ist daher zu benutzen, um damit Vorteile für uns zu erlangen.** Da sich England nicht allzuweit von der Küste engagieren will und wir die Nachbarn sind, Amerika aber genug mit Japan und England zu tun hat, müssen wir, so lange wir freie Hand haben, alles tun, um uns festzusetzen und unsere Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vom nächsten Weltkrieg werden wir weniger berührt als England, Amerika und Japan. Innere Unruhen politischer Art sind kaum zu befürchten, wobei Elsaß-Lothringen stark entgegenzukommen ist. Die Sozialisten sind ja schon bei uns zurückgedrängt. **Deutschland wäre am besten in fünf bis sechs größere Bundesrepubliken zu zerlegen,** und zwar

1. Bayern, Baden, Württemberg,
2. Rheinische Republik mit beiden Ufern,
3. dem Norden: Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Hansastädte sind dann belanglos;
4. Thüringen und Sachsen, alle Industriezentren als mitteldeutsche Republik,
5. Berlin mit Schleswig in der Art wie Wien und Budapest.

Insbesondere ist die innere **Unmöglichkeit der Koalitionsregierung**, die die Gegensätze vom Zentrum bis zum Mehrheitssozialismus umfaßt und damit gegen die adeligen Offiziere und Beamtenreaktionäre zu kämpfen hat, so zu benutzen, sowohl positiv wie negativ. Im Bunde mit dem schwerzerstörten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrags einmarschieren und uns festsetzen. Zugleich müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U.S.P.D. für uns interessieren als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung und ihnen glauben machen, daß ihr Elend von Berlin kommt, damit sie gegen Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Unruhen entstehen, mit den Belgiern als Nachbarn und am meisten Interessierte dort einrücken. Bis dahin ist der rechte Flügel befestigt und administrativ beruhigt. Haben wir aber die beiden Flügel, so fällt die Mitte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abschnitt wie aus einer Zange uns von selbst zu und damit wäre die Rheinische Republik geschaffen, aber auf beiden Seiten des Rheins. Der Generalstreik ohne U.S.P.D. und Bürgerliche ist in der rheinischen Republik unmöglich, besonders unter dem Belagerungszustand. Er fällt auf die Mehrheitssozialisten und eventl. die Demokraten zurück. Zielbewußte, kluge Politik setzt uns in ein bis zwei Jahren in den Besitz dessen, was Foch will, nämlich die militärische Rheingrenze mit starken Brückenköpfen ohne ernsten Widerstand Deutschlands und unserer Alliierten.

Der französische Gewaltakt.

Die englische Antwort.

(WTB.) **London**, 12. April. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die britische Antwort auf die französische Note erneut versichert, daß die britische Regierung entschlossen ist, die Durchführung des Friedensvertrags mit Bezug auf die Abrüstung, die Wiedergutmachung, die Kohlenlieferungen und andere ähnliche Fragen im vollkommenen Zusammenwirken mit den anderen Alliierten zu erzwingen. Sie bemerkt jedoch, daß die augenblickliche Meinungsverschiedenheit mit Frankreich nicht die Durchführung des Friedensvertrags, sondern die Lage betrifft, die aus dem Ansuchen der deutschen Regierung, Truppen zur Herstellung der Ordnung in die neutrale Zone senden zu dürfen, entstanden ist. Es verlautet, daß die französische Antwort das unabhängige Vorgehen der Franzosen rechtfertigt und erklärt, Frankreich beabsichtige ferner keine Aktion zu unternehmen, zu der es nicht vorher die Zustimmung der Alliierten erhalten hat. Die englische Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die Stärke und der Erfolg jedes Bündnisses von der Einmütigkeit der Aktion abhängt und daß in Anbetracht dessen, daß mit der Möglichkeit einer unabhängigen Aktion immer noch gerechnet zu werden scheint, die Lage noch geklärt werden muß. Wie verlautet, wird, bis in diesem Punkte eine völlige Verständigung erzielt ist, **der englische Botschafter in Paris keinen Sitzungen der Konferenz zwecks gemeinsamer Beratungen über Maßnahmen bezüglich Deutschlands beiwohnen**, da solche Konferenzen **wertlos** sind, solange einer der Alliierten unabhängig von den anderen handelt.

(WTB.) **Paris**, 12. April. Die Havasagentur meldet, der englische Botschafter habe die **Antwort der englischen Regierung** auf die letzte französische Note **überreicht**. Es habe den Anschein, daß der Zwischenfall damit seiner **Erledigung entgegengehe**.

Die englisch-französischen Verhandlungen.

(WTB.) **London**, 12. April. Bonar Law, der in Abwesenheit von Lloyd George diesen vertritt, gab in Beantwortung der Anfrage zweier Abgeordneten folgende Erklärung ab: Wie das Unterhaus erfahren hat, ist **zwischen der britischen und der französischen Regierung eine Meinungsverschiedenheit** entstanden, welche die britische Regierung tief bedauert. Aber der **Notenwechsel, der zwischen London und Paris stattgefunden** hat, rechtfertigt den Glauben, daß die beiden Regierungen mehr denn je die Notwendigkeit anerkennen, bei der Regelung der ernsten Fragen **ein enges und herzliches Einvernehmen zu bewahren.** Die nächste Konferenz der alliierten Regierungshäupter wird zweifellos das völlige Einvernehmen der beiden Regierungen bestätigen und festigen.

(WTB.) **Paris**, 12. April. Es scheint, daß das **Gesuch Deutschlands** auf eine Ausdehnung der dreimonatigen Frist zur Abrüstung Gegenstand der ersten Beratung in San Remo sein wird. Es ist wahrscheinlich, daß die **französische Regierung**, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle sie sich über die Beschlüsse ihrer Alliierten hinwegsetzen, sich bemühen wird, die **Dauer der Besetzung von Städten zu beschränken** und daß sie sich geneigt zeigen wird, ihre Truppen zurückzuziehen, sobald die Lage im Ruhrgebiet wieder normal sein wird. Unter diesen Umständen kann man annehmen, daß die Verhandlungen zwischen London und Paris tatsächlich ihren Abschluß gefunden haben.

Belgische Sympathiekundgebung für Frankreich.

(WTB.) **Brüssel**, 12. April. In der Kammer wird hinsichtlich der Beteiligung Belgiens an der Besetzung deutscher Städte eine Motion eingebracht werden, die Anlaß zu einer Sympathie**kundgebung für Frankreich** geben wird.

Die Besetzung.

(WTB.) **Kassel**, 11. April. Die Franzosen sind vorläufig **nicht weiter vorgerückt**. In den letzten beiden Tagen wurden in Frankfurt a. M. 28 bezw. 32 Personen polizeilich festgestellt. Ueber sie wurden Geldstrafen von 10 bis 100 Mark aus ganz willkürlichen Gründen, wegen Ueberschreitung der Polizeistunde oder der Paßvorschriften, verhängt.

Ablösung der schwarzen Truppen.

(WTB.) **Paris**, 12. April. Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Mainz bestätigt, daß die 11. Division in Nanzig die schwarzen Truppen in Frankfurt a. M. ablösen werde.

Französische Bewachungsschiffe für den Rhein.

(WTB.) **Paris**, 11. April. Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien" aus Le Havre sind vier Pinassen in Cherbourg angekommen, die von einem Kanonenboot geführt wurden. Diese Pinassen haben Bestückung erhalten und sollen nach dem Rhein als Bewachungsschiffe abgehen. Auch Marineinfanterie soll von Le Havre als Besatzungstruppe nach Süddeutschland abgehen.

Ein neuer Zwischenfall in Frankfurt.

(WTB.) **Frankfurt a. M.**, 12. April. Wie die städtische Nachrichtenstelle mitteilt, ist am 7. April vor der Hauptwache auch **ein englischer Staatsangehöriger von der Menge angegriffen** und sein kinematographischer Aufnahmeapparat **vernichtet** worden.

Die Vernichtung des Vernichtungsfriedens.

* **Köln**, 12. April. Das Dezet-Büro berichtet: Unter außerordentlichem Andrang sprach gestern Dr. Frhr. v. Lersner über Versailles und Paris. Er bezeichnet den Versailler Vertrag als den inneren Grund allen Elends, aller Unruhen, allen Blutvergießens, aller Ausbrüche des Bolschewismus und stellte unter starkem Beifall fest, daß die Reichstreue der Rhein- und Saarlande über jeden Zweifel erhaben ist. **Frankreich habe den Versailler Vertrag gebrochen** und den Frieden Europas gestört. Wenn ganz Deutschland einig und unentwegt die **Vernichtung des Vernichtungsfriedens von Versailles fordere**, dann werde an dieser Einigkeit ebenso wie das Auslieferungsverfahren der Versailler Vertrag zerschellen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Der von der **Reichswehrbrigade XIII** in das Ruhrgebiet entsandte sozialdemokratische Landtagsabg. Oster hat der zuständigen Stelle den folgenden Bericht geschickt:

„Die **Kampfhandlungen** sind so gut wie **beendet**. Die sog. Rote Armee befindet sich in voller Auflösung. Der **größere Teil versteckte seine Waffen** und ging **wieder als Privatmann** an seine Arbeit. Die übrigen, die begründete Ursache haben, vorläufig zu verschwinden, gingen in das besetzte Gebiet, um dort bessere Zeiten abzuwarten. Die Arbeit ist überall mit wenigen Ausnahmen wieder aufgenommen worden. Aeußerlich betrachtet ist die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Doch nur scheinbar; das Feuer glüht unter der Asche weiter und jeder Tag kann neue Ueberraschungen bringen. Zumal die **Ablieferung der Waffen** eine sehr **minimale** ist. Noch keine 10 Proz. sind abgeliefert. Es herrscht daher eine sehr **gedrückte Stimmung** darüber, daß die Reichswehr wieder abrücken soll, ehe die Entwaffnung durchgeführt ist. Nicht etwa nur in bürgerlichen Kreisen, sondern **auch in Arbeiterkreisen fürchtet man eine Wiederholung der Schreckensherrschaft** der bewaffneten Banden. Hatte man zwar in den ersten Tagen bei Abwehr des Kapp-Putsches noch Ordnung und Disziplin in der Roten Armee, deren Führer in der Mehrzahl aus U.S.P.-Leuten bestand, so änderte sich das schnell. Die zahl- und wahllose Bewaffnung aller sich Zudrängenden rächte sich bitter. Die Leiter der Organisationen verloren sehr schnell die Führung. An Stelle der anfänglich straffen Oberleitung trat die **Bandenbildung**, die auf eigene Faust vorging. „**Requisitionen**" aller möglichen Gegenstände, nicht nur von Lebensmitteln, wurden unter Bedrohung mit der Waffe durchgeführt. Der unabhängige Führer eines 10 000 Mann starken Heeres, das auf Dortmund marschierte, warnte selbst die dortige Stadtverwaltung telephonisch. Er meldete den Anmarsch seines Haufens und teilte mit, die Stadt möge sich vorsehen, er habe die Leute nicht mehr in der Hand. So ging es bei der ganzen Roten Armee. Wer heute Führer war, ward morgen abgesägt. Das Wort: Verräter! wurde von dunklen Existenzen in die rabiaten Haufen hineingeschleudert und tat immer seine Wirkung. Das, was die U.S.P seit Jahr und Tag gegen die S.P.D. anwandten, wandte sich in diesen Tagen gegen sie selber. So kam es, daß sie nach wenigen Tagen gezwungen waren, mit den übrigen Parteien zusammen sich hilfesuchend an die Regierung zu wenden. Die Arbeiter eines Kohlenbergwerks bei Dortmund nahmen die Verteidigung des Bergwerks in die Hand. Sie legten regelrechte Schützengräben an. Ebenso die Zehntausende von Arbeitern in dem großen Eisenhüttenwerke Union. Ein bitterernstes und überaus trauriges Bild. Arbeiter schießen sich gegenseitig über den Haufen. Einige Führer, U.S.P.-Leute, wurden als „Verräter" an die Wand gestellt. Mißtrauen, Haß und Neid gewannen rasch die Oberhand. Dabei ist **ein Ende nicht vorauszusehen.** Unter der Decke wird weitergeschürt und gehetzt und jeder Tag kann eine Neuauflage bringen. Mancher, der seither für Diktatur schärmte, ist in den wenigen Tagen gründlich kuriert worden."

*

Dieser Bericht, der amtlich verbreitet wird, kann höchstens für den Augenblick befriedigen; im Grunde ist er nur zu sehr geeignet, uns mit dem schwärzesten Pessimismus über die Lage im Ruhrgebiet zu erfüllen. Die Flammen des Bolschewismus sind nur zugedeckt, aber nicht erstickt; unter der Oberfläche glimmen sie weiter, um jeden Augenblick wieder in heller Glut emporzulodern. Die Ablieferung der Waffen ist eine „sehr minimale", der größere Teil der Rotgardisten „versteckte seine Waffen", und auch in Arbeiterkreisen wird „eine Wiederholung der Schreckensherrschaft" befürchtet, das alles klingt sehr wenig trostreich und zeigt nur, daß das Eingreifen der Regierung zu spät erfolgte und daß die Taktik, nach der man den Aufstand in sich selbst zusammenbrechen lassen wollte, nicht das Uebel selbst ausrottete, sondern es nur hinausschiebt bis zu einem für die Kommunisten günstigeren Zeitpunkt. Die Krankheit des Bolschewismus ist nicht geheilt, sie ist nur in ein Stadium getreten, das keine oberflächlichen Kennzeichen aufweist. Wie lange wird es dauern, bis sie wieder akut wird?

*

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(WTB.) **Berlin, 12. April.** Die in den ersten Tagen des Kapp-Putsches aus dem Ruhrrevier abgedrängten und von den Engländern entwaffneten 1000 Mann Reichswehrtruppen unter dem Befehl des Generals v. Gillhausen, sind gestern von den Engländern freigegeben worden und befinden sich auf dem Abtransport.

(WTB.) **Elberfeld, 13. April.** Der Aktionsausschuß der drei sozialistischen Parteien hat sich gestern aufgelöst, ebenso der Zentralrat, der seinen Sitz in Barmen hatte.

* **Berlin, 13. April.** Einer Meldung des „Berl. Lokalanz." aus Bochum zufolge sind dort von 5000 Gewehren noch nicht ganz 2000 abgeliefert worden. In Essen ist der Stand noch ungünstiger. Dort sind von 8000 Gewehren bis jetzt nur 1000 abgegeben worden.

Die württembergischen Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Stimmung der württ. Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet dank der überall freundlichen Aufnahme durch die Bevölkerung ausgezeichnet. Die Kämpfe der Württemberger waren nicht schwer, dementsprechend sind auch die Verluste verhältnismäßig gering, bis 10. April etwa 8 Tote und 20 Verwundete.

Deutsche Nationalversammlung.

Gestern trat die Deutsche Nationalversammlung zusammen, um zu dem französischen Einmarsch in Deutschland Stellung zu nehmen. Nach Eröffnung der Sitzung teilte Präsident Fehrenbach ein Telegramm des Abg. Ulitzka mit, wonach die Abgeordneten aus Oberschlesien von der Entente an der Ausübung ihrer Mandate behindert werden. (Hört! hört! unerhört!) Ein gleiches Telegramm ist von dem Abg. Hartmann eingegangen. Präs. Fehrenbach protestierte dagegen und bat die Regierung, sofort die nötigen Schritte zu tun. Der Präsident teilte ferner mit, daß die Versammlung voraussichtlich nur bis zur nächsten Woche tagen werde. Es erfolgte dann eine

Regierungserklärung

durch den Reichskanzler Müller: Dem übermächtigen französischen Militarismus können wir nichts entgegensetzen als unser gutes Recht. Senegal-Neger hißten in der Frankfurter Universität die Tricolore über die Maingaue. Der Kapp-Putsch war eine Offizierrevolte. Die Reichswehr hatte das Vertrauen bei der Arbeiterschaft verloren. Die Arbeiterschaft des Ruhrreviers konnte nicht mehr erkennen, ob sie verfassungstreue oder reaktionäre Truppen gegenüber habe. Das ist die Schuld der Kappleute. (Widerspruch und Lachen rechts.) Ohne Kapp kein Generalstreik, ohne diesen keine rote Armee im Ruhrrevier (!) Die Arbeiter sind zu ihrer Arbeit zurückgekehrt, aber der Janhagel des ganzen Ruhrreviers machte sich die Situation zunutze. Dagegen mußte die Regierung einschreiten und so marschierte die Reichswehr ein. Selbst die Unabhängigen forderten den Einmarsch. Wir wollen die Reichswehr nur da einsetzen, wo es unbedingt nötig ist. Die Opfer der Reichswehr betragen rund 600 Mann. Dies sollte sie vor Vorwürfen schützen. So lange es noch eine Möglichkeit der friedlichen Verständigung gab, mußten wir zuwarten, aber als alle den Einmarsch verlangten, mußten wir vorgehen oder abdanken. Wir mußten einmarschieren, ohne die Einwilligung Frankreichs erlangt zu haben, welches die Aktion für unnötig und gefährlich erklärte. Die Notwendigkeit zu beurteilen, war Sache der deutschen Regierung. (Beifall.) Frankreich hat den Mut, sich durch das Vorgehen in seiner militärischen Lage bedroht zu erklären, trotz der 19 000 Mann in der neutralen Zone gegenüber der waffenstarrenden Besatzungsarmee. Wir haben eine formelle Unterlassung begangen. Den Weltfrieden haben wir nicht bedroht. Wir erheben gegen die französische Regierung Anklage, den Versailler Vertrag verletzt und den Völkerbund, noch ehe er in Kraft getreten ist, um jeden Kredit gebracht zu haben. Die französische Note wurde uns in Paris übergeben drei Stunden nach dem Einrücken in Frankfurt. Die militärische Vergewaltigung Deutschlands ist eine Versündigung gegen Europa, gegen das französische und das deutsche Volk. Krieg oder Frieden, ein drittes gibt es nicht, wenn nicht die Anarchie alles verschlingen soll. England und Italien scheinen das einzusehen. Allerdings würde es verfrüht sein, daraus zu schließen, daß der Bestand der Entente gefährdet sei. Wir wollten die Waffen im Privatbesitz im Ruhrrevier einsammeln. Frankreich hindert uns daran. Die Einwohnerwehren, die keine militärischen Organisationen sind, richten sich gegen die Plünderungen und gegen die Anarchie. Die Regierung hat mit den Ländern über die Auflösung der Einwohnerwehren nur verhandelt, auf Druck der Entente, nicht auf Druck der Gewerkschaften. Eine Nebenregierung der Gewerkschaften lehnen wir ab. (Beifall.) Mitregieren kann nur der, der die Verantwortung mit übernimmt. Die Gewerkschaften hatten keinerlei Forderungen ultimativen Charakters gestellt. Allerdings lege ich den größten Wert darauf, die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zu hören. Nach dem Sturz der Machtpolitiker wird das deutsche Volk eine Demokratie sein oder es wird nicht sein. Das Duell Frankreich-Deutschland muß aufhören. Frankfurt, das Herz Europas, ist getroffen. Ehe Frankfurt nicht frei ist, werden alle schönen Worte der Verständigung verhallen. Frankreich hat alle nationalistischen Instinkte wieder erweckt. Die Nationalisten aller Länder leisteten die besten Dienste. Wir erlauben dem Militarismus keine Rückkehr. Die militärische Aktion im Ruhrgebiet geht ihrem Ende entgegen. Die Truppen werden schnellstens zurückgezogen. Damit wird hoffentlich auch die Besetzung des Maingaues ihr Ende erreichen. Wir wollen eine Abkehr von allen Kriegsanschauungen und allen Kriegsmitteln.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, in die Erörterung am Dienstag einzutreten und die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung abzusetzen.

Zur äußeren Lage.

Aus dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet.

(WTB.) **Beuthen, 12. April.** Am 10. April, abends gegen 9 Uhr hat der erste Staatsanwalt Fipper in Beuthen ohne Angabe von Gründen den Ausweisungsbefehl bis 11. April, Mitternacht, von der Interalliierten Kommission in Oppeln erhalten.

(WTB.) **Beuthen i. O., 12. April.** Anläßlich der Ausweisung des ersten Staatsanwalts streiken die hiesigen Richter, ebenso alle mittleren und unteren Justizbeamten des Land- und des Amtsgerichts Beuthen.

(WTB.) **Hindenburg, 12. April.** Die Interalliierte Abstimmungskommission in Oppeln hat, wie der „Oberschles. Wanderer" meldet, bestimmt, daß Gemeinde und Kreis Hindenburg in Oberschlesien den Namen Zabrze zu führen haben.

(WTB.) **Berlin, 12. April.** Der deutsche Bevollmächtigte in Oberschlesien, Fürst Hatzfeld, hat gegen die Maßnahme der interalliierten Kommission betreffend Suspendierung aller Abgeordnetenmandate der in Oberschlesien domizilierten Personen, evtl. Verhinderung der Wiedereinreise oberschlesischer Abgeordneter, die trotzdem an den Tagungen der Nationalversammlung, der preußischen Landesversammlung oder des Provinzallandtags teilnehmen, sowie gegen die Erklärung, daß die oberschlesische Bevölkerung an der Wahl des Reichspräsidenten und an den Reichtagswahlen nicht teilnehmen könne, bei General Lerrond energischen Einspruch erhoben unter dem Hinweis, daß Oberschlesien, solange nicht etwa auf Grund der Abstimmung seine rechtliche Lösung vom Deutschen Reich erfolgt sei, ein Teil des Deutschen Reiches bleibe. Eine Protestnote der Reichsregierung ist zur Kenntnis der interalliierten Kommission in Oppeln und des Obersten Rats in Paris gebracht worden.

Deutschenausweisungen aus Haiti.

* **Berlin, 13. April.** Wie der „Berl. Lokalanz." meldet, hat die Regierung von Haiti ohne triftigen Grund und ohne gesetzliche Handhabe den in Haiti seit Jahrzehnten ansässigen Deutschen — etwa 60 an der Zahl — den Befehl gegeben, das Land in kurzer Frist zu verlassen. Die haitianische Regierung gibt als Grund zu dieser plötzlichen Maßnahme an, daß die Deutschen den letzten Negeraufstand vom 16. Januar 1920 finanziert und unterstützt hätten.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

* **Berlin, 12. April.** Wie dem „Berl. Tagebl." aus Stockholm gemeldet wird, begibt sich der in Kopenhagen weilende russische Unterhändler Krasin in dieser Woche nach Berlin, um die russisch-deutschen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen.

Vom Völkerbundsrat.

(WTB.) **Paris, 12. April.** Der Rat des Völkerbundes gab dem Antrag statt, über die Kommunalwahlen in Danzig den Vorschlägen des englischen Oberkommissars Sir Reginald Tower zuzustimmen. Sodann ernannte der Völkerbund eine Persönlichkeit, die den Auftrag erhalten soll, den Rücktransport der russischen Kriegsgefangenen zu verfügen und durchzuführen. Das „Journal" glaubt, daß dieser Vertrauensmann des Völkerbundes der nordische Forscher Nansen sein wird. — Die nächste Sitzung des Völkerbundes findet im Mai in Rom statt.

Staatskanzler Renner in Rom.

(WTB.) **Rom, 10. April.** Staatskanzler Renner drückte in seiner Besprechung mit Nitti den Wunsch aus, die österreichischen Grenzfragen zu regeln. Dann beschäftigte er sich mit der schwierigen Ernährungslage Oesterreichs und der Notwendigkeit neuer Aushilfe an Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Nitti betonte die Bereitwilligkeit des italienischen Volkes, den deutschen Bewohnern von Oberetsch gewisse Einrichtungen zu gewähren und die örtliche Autonomie zu gewährleisten. Er sprach auch die Absicht aus, daß die italienische Regierung möglichst schnell Handelsbeziehungen wieder aufnehmen wolle. — Die österreichische Mission teilt über die Audienz des Staatskanzlers Renner beim Papste mit, daß der Staatskanzler um die Anerkennung der Republik Oesterreich ersuchte, ebenso um die Bemühungen des Vatikans um die Kriegsgefangenen. Der Papst kündigte die Errichtung einer Nuntiatur in Wien an und übergab dem Staatskanzler für den Kardinal Piffl einen Scheck über eine Million Lire für Wohltätigkeitszwecke.

Japan in Ostsibirien.

(WTB.) **Amsterdam, 13. April.** Den Blättern zufolge meldet „Eastern Service" aus Tokio, daß die japanische Regierung an die vorläufige Regierung von Wladiwostok eine Note gerichtet habe, in der sie drohe, selbst die Ordnung in Ostsibirien herzustellen, wenn nicht bald geordnete Verhältnisse einträten.

(WTB.) **London, 12. April.** Eine Reuterdepesche aus Tokio meldet, das japanische Kriegsministerium habe keineswegs die Absicht, in irgend einem Teil Sibiriens Truppen zu belassen.

Die Unruhen in Jerusalem.

(WTB.) **Amsterdam, 12. April.** Laut „Times" ist in Jerusalem der Belagerungszustand verhängt worden. — Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden 12 Juden und 4 Mohammedaner getötet, 5 Juden, 22 Mohammedaner und 2 Christen verwundet.

Amtliche Bekanntmachungen.

Marktverbot.

Bis auf Weiteres werden die Vieh- und Schweinemärkte in Calw verboten wegen Gefahr der Seucheneinschleppung. Dieses Verbot betrifft auch den Schweinemarkt am Mittwoch, den 14. April. Die oberamtliche Bekanntmachung im Calw. Tagbl. Nr. 82 ist damit außer Wirksamkeit gesetzt.

Calw, den 10. April 1920. Oberamt: Bögel, Amtmann.

Maul- und Klauenseuche.

Die Seuche ist weiter ausgebrochen in Schafhausen O.-A. Böblingen. Vom hiesigen Bezirk fällt Ostelsheim in das Beobachtungsgebiet. Aus diesem darf Klauenvieh nicht entfernt werden. Das Durchtreiben von solchem und das Durchfahren mit Wiederkäuergespannen ist verboten.

Der 10-Kilometer-Umkreis umfaßt nunmehr die Gemeinden Althengstett, Dachtel, Deckenpfronn, Gechingen, Möttlingen, Neuhengstett, Ottenbronn, Simmozheim, Stammheim.

Calw, den 10. April 1920. Oberamt: Bögel, Amtmann.

Aus Mexiko.

(WTB.) **Newyork, 13. April.** Der mexikanische Staat Sonora hat seine Selbständigkeit erklärt. Der Staat Sinolo hat sich ihm angeschlossen.

Deutschland.

Das neue Reichswahlgesetz.

(WTB.) **Berlin, 13. April.** Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung begann gestern die Beratung des Entwurfs eines Reichswahlgesetzes. Reichsminister Koch erklärte, besonders schwierig werde die Wahlkreisfrage sein. Es sei die Frage, ob man auf die Neueinrichtung der „elastischen Wahlkreise" wegen der Kürze der Zeit und der dabei notwendigen Umorganisation der Parteien eingehen könne. Wahrscheinlich werde man die Kreise von der letzten Wahl im wesentlichen beibehalten. Die Neuerung der Einführung des automatischen Systems (je 60 000 Stimmen ergeben einen Abgeordneten) sei hingegen leicht durchzuführen.

Die Neuordnung der Sicherheitspolizei.

* **Berlin, 13. April.** Im Ministerium des Innern fanden gestern Besprechungen über die Neuordnung der Verhältnisse bei der Sicherheitspolizei statt. Es handelt sich vor allem um die Einstellung von Gewerkschaftsmitgliedern in die Sicherheitspolizei.

Der rote Schrecken im Vogtland.

Das Vogtland in Sachsen wird noch immer durch das räuberhafte Auftreten des Kommunisten Hölz und seine roten Garde in dauerndem Schrecken gehalten. In Falkenstein ließ er 5 Villen in Brand stecken. Nach einer Meldung des Wolffbüros soll die ganze Stadt Falkenstein, die 10 000 Einwohner zählt, ein Flammenmeer bilden. Die Regierung hat sich nun endlich entschlossen, einzugreifen. Wie das „Leipziger Tagebl." von zuständiger Stelle erfährt, sind einzelne Truppenteile am Sonntag nach dem Vogtlande in Marsch gesetzt worden. Hölz, der von den Fabrikanten des Vogtlandes ungeheure Summen zur Bildung und zum Unterhalt seiner Roten Garde erpreßte, ist jetzt mit seinen Banden nach der böhmischen Grenze geflüchtet. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus Prag haben verschiedene kleinere Trupps der Hölz'schen Garde die Grenze überschritten. Sie wurden von tschechischen Soldaten entwaffnet und interniert.

Eine Schieberbörse im bayrischen Allgäu.

* **Berlin, 13. April.** Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz." aus Augsburg wurde in Kempten i. A. eine regelrechte Schieberbörse aufgedeckt. Das Publikum nahm in unverständlicher Weise Partei für die Schieber und gegen die Polizei.

Aufgelöste Kriegsgesellschaften.

Soweit die Fortdauer der Kriegsgesellschaften nicht mit Rücksicht auf die Zwangsbewirtschaftung nötig ist, werden sie aufgelöst. Ein Teil davon ist bereits in Liquidation getreten. Es handelt sich um folgende Gesellschaften, die sich sämtlich in Berlin befanden oder befinden: Reichsgerstengesellschaft, Reichshülsenfruchtgesellschaft, Hafereinkaufsgesellschaft, Tabakverwertungsgesellschaft, Deutsche Rohhaut-Aktiengesellschaft, Ersatzkohlengesellschaft, Sattlerledergesellschaft, Reichsholzverteilungsstelle für Fußbekleidung, Reichsstelle für Papierholz, Papierholzbeschaffungsstelle, Kriegsausschuß für Rohpappen- und Dachpappen-Industrie, Kriegsausgleichsstelle für Dachpappenteer, Kautschukabrechnungsstelle, Reichssackstelle, Kammwoll-Aktiengesellschaft, Hanflieferungsgesellschaft, Bastfasereinkaufsgesellschaft, Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung und Reichstextil-Aktiengesellschaft.

Die Erholung der deutschen Mark.

An der Züricher Börse ist unsere Valuta seit Beginn des Monats in erfreulicher Aufwärtsbewegung. Am 1. April galt die Reichsmark 8 Rappen, am 6. April: 8,35, am 8.: 9,05, am 9.: 9,40 und am 10: 10 Rappen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. April 1920

Das Landtagswahlgesetz.

Wie das „Neue Tagbl." hört, wird ein neues Landtagswahlgesetz vorbereitet. Der Entwurf sieht eine Zusammenfassung mehrerer Oberamtsbezirke zu einem Wahlkreis vor, so daß man etwa mit 25 Wahlkreisen zu rechnen haben wird.

Von der Landwirtschaftskammer.

In vergangener Woche hielt der Vorstand der württ. Landwirtschaftskammer eine Sitzung ab, die über den Zusammentritt, den Ausbau und den Etat der Kammer Beratung pflegte. Eine Vollsitzung der Kammer soll am 27. April stattfinden, die sich neben inneren Angelegenheiten und organisatorischen Fragen mit der Zwangswirtschaft, den Fragen der Produktionssteigerungen und der Lieferungsverträge beschäftigen wird.

Jubiläumsausstellung des Schillervereins.

Der Schwäb. Schillerverein veranstaltet in dieser und nächster Woche im Handelshof in Stuttgart eine Jubiläumsausstellung, die den schwäb. Dichtern geweiht ist. Die Ausstellung umfaßt Drucke, Handschriften und Bildnisse von 180 schwäbischen Dichtern und Dichterinnen unserer Zeit. Tote und Lebende werden gewürdigt und in ihrer Arbeit vorgeführt. Ohne Rücksicht auf die politische Stellung sind alle vereinigt, die literarisch im Schwabenlande hervorgetreten sind. Die Ausstellung soll für den Sommer ins Schillermuseum nach Marbach verlegt werden.

Lehrernachwuchs.

Auf Grund der im März abgehaltenen Aufnahmeprüfung für die Lehrerseminare werden 75 Schüler in die Seminare Eßlingen, Nürtingen und Künzelsau aufgenommen.

Von der württ. Kraftverkehrsgesellschaft.

Wie bekannt, hat sich der württ. Staat an der Gründung einer württ. Kraftverkehrsgesellschaft mit 100 000 Mark beteiligt. Sie stellt ein großzügig ausgebautes Güterverkehrsunternehmen dar, das durch Vermietung von Lastkraftwagenzügen an Behörden, Körper-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

schaften und Private entscheidend an der Lösung wirtschaftlicher Hauptfragen mitarbeitet. **Für die Polizei- und Einwohnerwehren** hätte der Staat namhafte Mittel zur Schaffung eigener Kraftwagenparke aufwenden müssen. Dem ist nun mit einem spezifisch amtlichen Fuhrpark, der kaufmännisch bewirtschaftet und zugleich dienstlichen wie allgemein wirtschaftlichen Zwecken nutzbar gemacht wird, abgeholfen. Die Gesellschaft hat rund 100 Lastkraftwagen mit einer entsprechenden Anzahl von Spezialfahrzeugen und Anhängern, die über Stuttgart, Ulm, Reutlingen und Heilbronn verteilt sind. Hilfsanlagen mit Reparaturwerkstätten, Ersatzteillager, Tankanlagen, Montierhallen usw. sind vorhanden. Auch steht ein stattlicher **Personenkraftwagenpark** mit Fahrzeugen aller Art und Größe für Benutzung durch Staats-, Reichs- und Gemeindebehörden, gemeinnützige Körperschaften usw. zur Verfügung.

Die neuen Nachtragsforderungen zum Staatshaushalt.

Wie schon berichtet, fordert ein **15. Nachtrag zum Finanzgesetz** für das Rechnungsjahr 1919 weitere 20 400 000 Mark an, die aus Mitteln der Restverwaltung und durch **Staatsanlehen** gedeckt werden sollen. Im einzelnen werden zur Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen an Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften zu Notstandsarbeiten 8 Millionen Mark verlangt. Ueberteuerungszuschüsse wurden bis Anfang Februar ds. Js. 1916 verwilligt. Der Reichszuschuß hierfür betägt 24 980 000 Mark, der Staatszuschuß 16 650 000 Mark. 74 Anträge auf Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen sind noch nicht erledigt. Hiefür sollen die 8 Millionen Mark der Nachtragsforderung Mittel schaffen. Ferner werden angefordert zur Leistung des Anteils des Staates an dem Aufwand für **Erwerbslosenfürsorge** 10 Millionen Mark. Der ursprünglich angenommene Monatsbedarf für durchschnittlich 13 000 Erwerbslose mit 800 000 Mark hat sich zu nieder erwiesen. Der Monatsbedarf beträgt rund 1 Million Mark. Für 1919 werden deshalb einschließlich ½ Million Mark für Gewährung von Winterbeihilfen 5½ Millionen, für 1. April bis 30. Juni 3 Millionen und für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge 1½ Millionen Mark verlangt. Zur Verwendung für Zwecke der **Kriegswohlfahrtspflege**, sowie zur Auslandsdeutschen- und Flüchtlingsfürsorge sind 2,4 Millionen Mark nötig. Die Gemeinden und Amtskörperschaften haben Ersatz für ihre Aufwendungen, die im letzten Halbjahr monatlich etwa 338 000 Mark betragen, zu beanspruchen. Außerdem sind 300 000 Mark an Unterstützungsgeldern für Auslandsflüchtlinge und Schweizer Wehrleute ausbezahlt worden.

Die Versicherungsämter in Württemberg.

Man schreibt uns: Schon i. J. 1918 wurde der Gedanke erörtert, einige Versicherungsämter zusammenzulegen und von den Oberämter loszulösen. Es ist zu wünschen, daß in Württemberg in diesem Sinn zur Gesundung der Verwaltung und Rechtsprechung auf dem Gebiet unseres Versicherungswesens möglichst bald eine Aenderung vorgenommen wird. Nur wenige Versicherungsämter arbeiten heute noch sachgemäß und gut. Bei den meisten wird das Versicherungswesen direkt vernachlässigt. Es gibt auch nur wenig Verwaltungsbeamte, die sich mit der sozialen Gesetzgebung eingehender beschäftigen. Darum ist zu wünschen, daß tunlichst bald **eine Anzahl dieser Versicherungsämter zusammengelegt und von den Oberämtern**, die keine zweiten Beamten mehr haben, **losgelöst werden**. Es ist sicherlich eine böse Erscheinung, wenn die Behörden nicht einmal die Grundformen des Versicherungswesens kennen, denn es kommt vor, daß Versicherungsämter die Fälle, in denen gesetzlich das Spruchverfahren erforderlich ist, nicht unterscheiden können von denen, in denen das Beschlußverfahren vorgeschrieben ist. Mit der **Zusammenlegung der Versicherungsämter** dürfte nicht so lange zugewartet werden, bis die schwierige Frage der Zusammenlegung der Oberämter spruchreif ist. Eine wesentliche Umgestaltung des Versicherungswesens muß in allernächster Zeit in die Wege geleitet werden.

Einjährigen-Ersatz.

Der Reichsverband deutscher freier (privater) Unterrichts- und Erziehungsanstalten hat als Ersatz für die nicht mehr bestehende **Einjährigenprüfung** eine eigene Reichsverbandsprüfung eingerichtet mit dem Zweck, jungen Leuten, die in das praktische Leben eintreten, den Nachweis einer abgeschlossenen Bildungsstufe, wie sie bisher das Einjährige darstellte, in die Hand zu geben. Die Schwierigkeiten wurden an erster Stelle vom württ. Landesverband überwunden. Er hat als erster unter dem Vorsitz des Reichsverbands schon für dieses Frühjahr die Prüfungen eingerichtet. Sie haben in Stuttgart am 7. ds. begonnen und werden Ende nächster Woche ihren Abschluß finden. Angemeldet sind 157 Kandidaten.

Hiezu geht uns noch folgende Mitteilung zu: Bei der soeben stattfindenden sogen. Abschlußprüfung, die von dem Verband deutscher privater Unterrichts- und Erziehungsanstalten, an Stelle der seitherigen **Einjährigenprüfung** in Stuttgart abgehalten wurde, hatten 16 Zöglinge der Spöhrer'schen Höheren Handelsschule, darunter auch die Söhne des Architekt Kohler in Calw und des Bernhard Pfeiffer, Landwirt in Lützenhardt, den gewünschten Erfolg.

Erhöhung der Feuerwehrabgabe.

Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern können **Gemeinden mit freiwilligen Feuerwehren Feuerwehrabgaben** auf Grund des kürzlich beschlossenen Gesetzes **in der Höhe von 5 bis 50 Mark** erheben, bisher nur 1 bis 20 Mark.

Die Zuwanderung von Ausländern.

Die Mitglieder der **Bürgerpartei** haben an die Staatsregierung folgende **Anfrage** gerichtet: Die bayrische Regierung hat allen **Ausländern**, die nach dem 1. August 1914 in Bayern **ohne polizeiliche Erlaubnis angezogen** sind, den weiteren **Aufenthalt in Bayern** untersagt. Ist der Minister des Innern bereit, darüber Auskunft zu geben, ob er **dieselbe Maßregel für Württemberg** erlassen, ob er insbesondere verhindern will, daß die aus Bayern Ausgewiesenen sich in Württemberg niederlassen?

Senkung des Silbergeldpreises.

Die angekündigte Herabsetzung des Silbergeldpreises durch die Reichsbank ist jetzt eingetreten. Infolge des ständigen **Preissturzes auf dem Silbermarkt** hat die Reichsbank den bisher 8 Mark betragenden Preis für die Silbermark **auf 7 Mark ermäßigt**. Der neue Preis tritt am 12. ds. Mts. in Kraft. Mit einer weiteren Ermäßigung des Preises ist zu rechnen, da Feinsilber stark gesunken ist. Wie wir hören, sind gerade in letzter Zeit den Kassen der Reichsbank riesige Posten von Silbergeld zugeführt worden.

Postsendungen ins Ruhrgebiet.

Die Postsendungen an die im Ruhrgebiet verwendeten **württ. Truppen** erleiden dadurch vielfach Verzögerungen, da auf ihnen kein Bestimmungsort angegeben ist. Neben der genauen Bezeichnung des Truppenteils ist der Vermerk „Leitstelle II, Lippstadt" beizufügen.

Postverkehr mit dem Saargebiet.

Im Postverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem deutschen Saargebiet ist das zulässige **Höchstgewicht für Pakete** von 5 Kilogramm auf **20 Kilogramm erhöht** worden. Eine Zollinhaltserklärung in deutscher Sprache ist nicht mehr nötig, dagegen eine solche in französischer. Schriftliche Mitteilungen können in allen Sprachen beigelegt werden.

Aus der kirchlichen Statistik.

In Stuttgart haben in den Jahren 1914—18 bei der katholischen Kirche folgende Ueber- bezw. Austritte stattgefunden: **Uebergetreten in die katholische Kirche** sind 1914: 34, 1915: 22, 1916: 24, 1917: 30, 1918: 8 Personen; **ausgetreten aus der kath. Kirche** sind 1914: 90, 1915: 55, 1916: 45, 1917: 54, 1918: 22 Perosnen.

Der Ernst der Ernährungslage.

Auf den unter dieser Ueberschrift in Nr. 81 unseres Blattes zum Abdruck gebrachten Artikel, der uns von zuständiger Seite zuging, erhalten wir die Zuschrift eines Landwirts, die uns beachtlich erscheint und der wir deshalb folgendes entnehmen: Daß unsere Ernährungslage nicht rosig ist, wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß sie aber durch Mahnungen, wie gewissenhafte Ablieferung, den Schleichhändlern und Hamstern die Türe weisen, durch Drohung mit Strafen usw. besser wird, ist wohl ausgeschlossen, denn sonst wäre es schon längst besser. Soll denn der Bauer für das gesamte übrige Volk seine Kraft und Gesundheit verbrauchen und sich dann seinen Lohn vorschreiben lassen? Welcher Kaufmann, Fabrikant, Gewerbetreibende usw. arbeitet denn mit Verlust? Warum verlangt man es aber vom Bauern? Was dem einen Recht ist, ist dem andern billig. Wenn wir Bauern die Pflicht haben sollen, das Volk zu ernähren, dann haben wir auch das Recht, unsern Lohn, und das ist der Preis unserer Ware, selbst festzusetzen. Wenn wir für unser „Ablieferungssoll" einen Preis erhalten, der gegenüber den Preisen unserer Gebrauchsgegenstände Spott und Hohn ist, sind wir gezwungen, für das wenige, das uns noch (vielleicht) zur Verfügung steht, Wucherpreise zu nehmen (die wir indessen nicht verlangen, sondern die uns angeboten werden von den Städtern), um unsere Ausgaben bestreiten zu können. Sollten die Behörden uns Bauern noch aufsässiger werden betr. Ablieferung und Strafen, was liegt uns dann noch an einer Steigerung der Erzeugung? . . . . Die Lage ist ernst? Solange wir aber Zwangswirtschaft haben, wirds nicht besser . . . . Nur eines kann uns retten: Die Mehrerzeugung; und nur die bessere Entlohnung des Bauern bringt Mehrerzeugung, und beides würde die Aufhebung der Zwangswirtschaft bringen. M.

*

(SCB.) **Stuttgart**, 10. April. Kürzlich hat die Polizeidirektion aus sicherheitspolizeilichen Gründen eine durchgreifende **Nachprüfung von etwa 250 Fremden**, die aus dem Osten, insbesondere **aus Galizien und Polen**, während und nach dem Kriege zugezogen sind, durchgeführt. Die Ermittlungen ergaben, daß in der Lebenshaltung eines großen Teils der Fremden, hauptsächlich in den Wohnungen, die bei den Ostvölkern **übliche Unordnung** herrscht, die zur Gefahr für die Gesundheit der einheimischen Bevölkerung werden kann. Soweit die Fremden nicht im Angestelltenverhältnis ihren Lebensunterhalt verdienen, betreiben sie vielfach **Konjunkturgeschäfte**. In einigen Fällen sind ganz erhebliche Verdienste festgestellt worden, die der Steuerbehörde mitgeteilt wurden. Wo die Versorgung mit Lebensmitteln das erlaubte Maß überstieg, wurden sie beschlagnahmt und der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt. Gegen eine Anzahl von Fremden, deren Persönlichkeit nicht einwandfrei festgestellt ist, oder die sich ohne Erlaubnis hier aufhielten, oder die strafbarer Handlungen überführt wurden, oder die nach ihrer Persönlichkeit und Vergangenheit keine Gewähr für die Einhaltung von Gesetz und Ordnung bieten, ist das **Ausweisungsverfahren** eingeleitet. **Seit Anfang März ds. Js. wurden 94 Galizier ausgewiesen**; gegen etwa 30 weitere schwebt das Verfahren.

(SCB.) **Schwenningen**, 10. April. Die hiesige Zündholzfabrik bildet für die Diebe einen besonderen Anziehungspunkt. Bei ihrem neuesten Besuch haben sie aus dem Kesselhaus **Messinghahnen** im Werte von etwa 5000 Mark **gestohlen**.

Eingesandt.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Unverständliche Verzögerung.

Die Notlage der Beamten, namentlich auch der Lehrerschaft, ist zur Zeit eine sehr große. Niemand wird sich dieser Erkenntnis verschließen. Voll froher Hoffnung hörte man im Januar und Februar von einer 150prozentigen Erhöhung der Teuerungszulagen. Daß diese 150 Proz. in Wahrheit auf weniger als die Hälfte (in meinem Fall auf genau 50 Proz.) zusammengeschrumpft sind, dürfte wohl längst bekannt sein. Aber es war wenigstens etwas. Abgesehen von der Vorschußzahlung im Februar, haben nun die Kameralämter die längst fälligen, restlichen Zulagen (vom 1. Januar bis 1. April) gegen Ende März ausbezahlt, teilweise schon Mitte März, da die Auszahlung bis 1. April erledigt sein sollte. Das Kameralamt Hirsau hat sich indessen noch nicht dazu entschließen können. Woran das liegt, ist nicht ersichtlich. Ob die Freude an der Zulage viel größer wird, wenn man dieselbe 4 Wochen später ausbezahlt erhält, ist sehr fraglich. Und man sollte doch beim Kameralamt sich auch sagen, daß die Beamten ohne Ausnahme mit Schmerzen auf die bitter notwendige Zulage warten. Eine derartige Verzögerung gerade jetzt ist unverständlich. H. B.

Für die Schriftl. verantw.: J. Vertr.: H. O. Röcker, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

1. **Lebensmittelkarten-Ausgabe** am **Freitag, den 16. April 1920**, vorm. 8½ bis 9¾ Uhr Buchstaben A bis F, 10 bis 12 Uhr G bis L, nachm. 2 bis 3 Uhr M bis R, 3¼ bis 5 Uhr S bis Z.

Die Karten sind beim Empfang nachzuzählen und zur vorgeschriebenen Zeit abzuholen. Für angeblich zu wenig erhaltene Karten kann kein Ersatz geleistet werden. Es wird deshalb ersucht, möglichst keine kleinen Kinder zu schicken.

2. Der **Butterverkauf** für das nächste Vierteljahr ist folgenden Kleinhändlern zugeteilt worden: Eberhardt, Heimgärtner, Pfeiffer Friederike, Pfeiffer Georg, Ott Witwe, Schlaich, Spar- und Consumverein und Vinçon.

3. Von Interessenten wurde darüber geklagt, daß in letzter Zeit von Kaufleuten, denen der **Butterverkauf nicht** zugewiesen war, Buttermarken angenommen worden seien. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen Kaufleute, denen der Butterverkauf zugewiesen ist, Buttermarken annehmen und Butter verkaufen dürfen. Geschäftsleuten, die gegen diese Bestimmung verstoßen, wird der Verkauf von rationierten Lebensmitteln entzogen.

Nur ständiges Inserieren bringt Erfolg!

Tabaksteuer!

Nach den Bestimmungen der Tabaknachsteuerordnung haben bis zum 18. April zur Nachversteuerung anzumelden:

1. **Groß- und Kleinhändler**, die am 1 April in ihrem Besitz oder Gewahrsam oder an sie unterwegs befindlichen tabaksteuerpflichtigen Erzeugnisse dem **Finanzamt** (Kameralamt) **Hirsau**.
2. **Tabakverarbeiter**, die am 1. April außerhalb der Räume des Herstellungsbetriebs oder der Zollniederlage in ihrem Besitze oder Gewahrsam oder an sie unterwegs befindlichen tabaksteuerpflichtigen Erzeugnisse; **Tabakhändler und Tabakverarbeiter** ihre am 1. April im freien Verkehr befindlichen Vorräte an Tabak-, Tabakhalb- und Tabakganzerzeugnissen dem **Hauptzollamt Stuttgart** — Verbr.-Abgabenabtlg. Büchsenstraße 62. —
3. **Tabakpflanzer** ihre am 1. April im freien Verkehr befindlichen Tabakvorräte dem Hauptzollamt **Heilbronn**.

Nähere Auskunft erteilen Hauptzollämter und Finanzämter (Kameralämter).

Hauptzollamt Stuttgart.

Die Latrinen-Entleerung

mußte wegen Fehlens von Anmeldungen bis auf weiteres eingestellt werden.

Anmeldungen zur Entleerung von Abortgruben sind in Zukunft beim Stadtbauamt (Rathaus Zimmer 15, 3. Stock, Fernsprecher Nr. 166) anzumelden.

Calw, den 12. April 1920.

Stadtbauamt: Hebolzheimer

Stadtschultheißenamt Calw.

Auf Grund der §§ 6 und 10 der Verfügung des Ministeriums des Innern über

Bekämpfung der Wohnungsnot

vom 29. August 1919 (veröffentlicht im „Calwer Tagblatt" Nr. 204 vom 3. September 1919) hat der Gemeinderat am 4. September 1919 folgende **Bestimmungen** festgesetzt:

1. Sämtliche verfügbar werdenden **Familienwohnungen** (d. h. Wohnungen mit Küche) sind innerhalb 3 Tagen bei der Gemeindebehörde (Stadtschultheißenamt) anzumelden.

Als verfügbare Wohnungen gelten insbesondere neuerbaute oder durch Umwandlung anderer Räume gewonnene Wohnungen, sowie Wohnungen, die von ihrem Inhaber verlassen werden. **Mietwohnungen gelten als verfügbar, sobald der Mietvertrag gekündigt oder in anderer Weise aufgehoben worden ist.**

2. Die Ueberlassung, insbesondere die Vermietung von **Familienwohnungen** an andere Personen und die Ingebrauchnahme von Wohnungen durch die privatrechtlich Berechtigten bedürfen der Genehmigung der Gemeindebehörde (Stadtschultheißenamt). **Diese Genehmigung ist im voraus einzuholen.**

3. **Miet- und ähnliche Verträge, die ohne die erforderliche Genehmigung der Gemeindebehörden abgeschlossen werden, sind ungültig** (§ 134 BGB.) Die privatrechtliche Gültigkeit der Erwerbung dinglicher Rechte an Wohnräumen, insbesondere durch Hauskaufverträge, wird durch die Vorschrift des Abs. 1 nicht berührt. **Solche Rechte gewähren aber ohne die erforderliche Genehmigung der Gemeindebehörde dieser gegenüber keinen Anspruch auf Ingebrauchnahme der Räume.**

Calw, den 12. April 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Verloren
ging am Sonntag eine schwarzseidene
Mädchenkappe
mit bunter Wollstickerei, vom Felsenweg bis Entenschnabel.
Bitte abzugeben bei
Friedrich Herzog,
Maschinenhandlung.

Verloren
Damen-Gummigürtel,
schwarz, mit mattem Schloß.
Gegen gute Belohnung abzugeben
Hermannstraße 356.

Kleinere
Wohnung
ist an einzelstehende Person
zu vermieten.
Angebote unter C. 51 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Kirchengesangverein Calw.
Dienstag Frauenstimmen,
Freitag Männerstimmen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Für Herren
empfehle ich zu günstigen Preisen
Einsatzhemden Trikothemden
Socken Hosenträger
Räuchle am Markt
Calw.

Für meinen Freigeldbetrieb kaufe ich
Branntweine
aller Art
und bitte um Angebot mit Muster.
Hermann Schuler,
Karlsruhe i. B.
Wilhelmstr. 4a — Fernsprecher 3304.

Bettbarchent, blaugestreift, **Bettüberzugstoffe**, Baumwoll-Tuch, weiß, p. Mtr. Mk. 28.50, **Kleiderstoffe**, Halbseide, schwarz, p. Mtr. Mk. 55.—, **Kleiderstoffe**, Cheviot schwarz, p. Mtr. Mk. 38.50, **Kleiderstoffe**, reinwolle, modegrün, p. Mtr. Mk. 75.—, **Blusenstoffe**, schwarz mit weiß, p. Mtr. 22.—, **Kostüm-, Ober- u. Unterrockstoffe, Jacken- u. Schurzstoffe, Hemdflanell** p. Mtr. Mk. 20.—, **Einsatzhemden, Wollgarne**, schwarz und grau, **Kopftücher, Haushaltungsgeschirr** empfiehlt billigst
C. Straile, Althengstett.

---

1 Kinder-Sitzwagen
wird zu kaufen gesucht.
Angebote unter Z. 85 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gebrauchter
Kinderwagen
zu kaufen gesucht.
Angebote an
Gärtner Reineke, Schömberg O.-A. Neuenbürg, Liebenzellerstr. 125.

Wo sind Flanellhemden Weite 46 käuflich? Angeb. an M. 5 postl. Hirsau.

Stammheim.
Einen Wurf starke

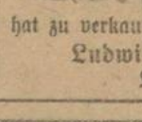
Milchschweine
hat zu verkaufen
Wilh. Schumacher.
Auguste Rau.
Chr. Söll.

Gechingen.
Ein Paar starke
Läufer-Schweine,
sow. ein 11 Wochen trächtiges

Mutterschwein
verkauft
Friedrich Mörk, Bäcker.

---

3 schöne Läufer-Schweine
hat zu verkaufen
Karl Gehring, im Gäßle, Gechingen.

Neuhengstett.
Einen Wurf 7 Wochen alte

Milchschweine
hat zu verkaufen
Ludwig Jourdan, Küfer.

Ich empfehle
Gute starke Hosenzeuge
für Arbeitshosen und Anzüge
Räuchle am Markt
Calw.

Schwäbische Volksbühne
in Verbindung mit dem Württ. Landestheater.
Leitung: Ernst Martin.

Gastspiele im „Badischen Hof".

Montag, den 19. April, abends 7 Uhr:
„Minna von Barnhelm".
Lustspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

Dienstag, den 20. April, abends 7 Uhr:
„Die versunkene Glocke".
Ein deutsches Märchendrama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr:
„Der Raub der Sabinerinnen".
Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan.

Preise der Plätze: I. Platz Mk. 6.—, II. Platz Mk. 4.50, III. Platz Mk. 3.50, Stehplätze Mk. 1.50, einschließlich Programmheft u. Tageszettel.

Vorverkauf: Buchhandlung Kirchherr.

Gute Zigarren
zu 50, 65, 70, 75, 80 und 90 Pfg. pro Stück empfiehlt in beliebigen Quantums für Selbstverbraucher
A. Lutz, Lederstraße.

NB. Obige Preise haben nur noch bis 18. ds. Mts. Gültigkeit, infolge Steuereintritts!

Gesucht für Thüringen in gutes Haus, ein im Kochen u. allen häuslichen Arbeiten bewandertes, besseres, älteres
Mädchen.
Guter Lohn, alle Kassen frei, Reisevergütung. Sofort od. spätestens 1. April. Näheres zu erfragen bei
Frau Schreinermeister Schäfer Wwe., Vorstadt.

Mädchen-Gesuch.
Gesucht wird ein ordentliches, fleißiges
Mädchen
für Küche und Haushalt zu baldigem Eintritt bei guter Behandlung und Bezahlung.
Frau Gutspächter **Hohl, Hof Dicke**, Stat. Teinach.

Eine ältere, gute
Violine
mit Kasten,
und eine guterhaltene
Schüler-ledermappe
wird zu kaufen gesucht.
Landhaus Fritz, Hirsau.

Gebrauchte
Bettstelle
zu verkaufen.
Schreinermstr. Schwenker.

Kochofen,
2 Einlagen, 150 cm hoch, 50 cm breit, 30 cm tief, verkauft
Lutz, Telefon 6.

Forstamt Liebenzell.
Nadelholzstangenverkauf.
Am **Montag, 19. April 1920 vorm. 9 Uhr** im Gasth. z. **Ochsen in Liebenzell** aus Staatswald III 1. Vord. Bruch, III 5 Vord. Simmozheimerwald, VI. 16 Unt. Dachsbau u. von den Durchforstungen und Abholzungsflächen der Hut Bieselsberg Baust.: 910 Ia., 482 Ib., 149 II. und 4 III. Kl. Hagst.: 581 I., 552 II. u. 124 III. Kl. Hopfenst.: 1169 I., 228 II., 475 IV. und 267 V. Kl. und 117 Rebstecken I. Kl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. H., Stuttgart.

Salatsetzlinge,
sowie alle Sorten
Gemüsesetzlinge
in kräftiger Ware empfiehlt
Gg. Mayer, Handelsgärtner, Stuttgarterstraße.
Ferner empfehle mein reichhaltiges Sortiment in
Zier- und Gartenpflanzen
in großer Auswahl
d. O.

Zu verkaufen:
Ein gut erh. schw.
Rock, gew. Größe;
ein 2-sitziger
Sportwagen
und eine
Zieh-Harmonika
obere Vorstadt 356.

Für soliden Herrn hübsches, sonniges
Zimmer
für sofort zu mieten gesucht (eventuell mit Pension).
Angebote unter C. 83 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Beim Bedarf jeglicher Art von
DRUCKARBEITEN
wollen Sie sich unserer Firma erinnern. — Wir liefern alle Erzeugnisse des Buchdrucks von der einfachen Besuchskarte bis zum umfangreichen Werk rasch, preiswert und sauber ausgeführt
Druckerei des „Calwer Tagblatt"
Geschäftsstelle: Lederstraße 151 — Fernsprech-Nummer 9

Unterzeichneter hat am **Mittwoch**, den 14. ds., von morgens 8 Uhr ab, im Gasthof zum „Badischen Hof"
in Calw
einen frischen Transport nur erstklassige

Pferde
leichten und schwersten Schlags
stehen, wozu Kauf- und Tauschliebhaber höflichst einladet
Paul Nonnenmann.

15—20 Zentner
gutes Heu
zu kaufen gesucht.
Angebote an
Carl Wagner, Gasthof z. „Faß", Bad Teinach.

Habe 2 guterhaltene, schwere
Leiterwagen
billig zu verkaufen.
Max Stern, Eisen und Metalle, Horb a. N.
Telefon 130.

Einige Wagen
eingesalzene
Trester
hat abzugeben
Eugen Harsch z. Schiff.

Brauner Sammet
zu Männeranzügen,
Graugestreiftes Engl. Leder
zu Hosen
bei
Friedrich Daur, Calw

Landwirtschaftliche
Maschinen
und
Geräte aller Art
sowie
Siebe und Drahtwaren
empfiehlt
Gg. Wackenhuth.

Zur Saat
empfiehlt
Rotklee (dreiblättr.) seidefrei, per Pfd. 12 Mk.
Wicken, Bohnen
Gartensämereien
C. Straile, Althengstett.

Bei dem Unterzeichneten sind noch 10 Pfund
Rotkleesamen
zu haben.
Chr. Hohl, Gutspächter, Hof Dicke.

„Nissin"
gegen
Kopfläuse
Nichts anderes nehmen zu haben in der Neuen Apotheke.

1—2
Brückenwagen
zu kaufen gesucht.
Angebote an
Floreatwerke Hirsau.

Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten. Pakete zu 100 Liter M. 42.50
Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten. Pakete zu 50 Liter M. 21.50, mit Süßstoff 100 Liter M. 3.50 teuerer.
Ferner **Kunstmostansatz** mit Heidelbeerzusatz, mit und ohne Süßstoff, in Flaschen zu 50 und 100 Liter.
Niederlagen:
Friedrich Lamparter, Calw. Emil Körner, Hirsau. Fr. Oswald, Liebenzell. Carl Straile, Althengstett. Gott. Sattler, Stammheim. Gottl. Walz, Deckenpfronn.

Schuhcreme,
schwarz, braun, gelb, weiß
Schuhwichse
in allen Größen,
Schuhweiß
flüssig und Stein.
Ritter-Drogerie Calw.

Dung,
8 Wagen, verkauft
Lutz, Lederstr. 96.

Kaufe fortwährend
Alteisen und Metall
zu den höchsten Tagespreisen.
Andreata, Hirsau.

Zickel-
sowie alle andern Felle kauft zu den höchsten Tagespreisen.
E. Maischhofer,
moderne Tierausstopferei, Pforzheim, Lindenstr. 52, Telephon 1501.

Roter Bettbarchent
in bester Qualität,
Blau u. weiß gestreift. Bettenstoff
Guter Blaudruck (Druckkattun)
bei
Friedrich Daur, Calw

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw